

Ausgabe 18/2021 vom 2. Juni 2021

Bundesregierung beschließt "Pflegerreform"

Brüderle: „Spahn und Heil legen Axt an die private Pflege in Deutschland“

Meurer: „Regierung entscheidet gegen private Pflege“

BDA: Pflegerreform ist angekündigter Wortbruch der Bundesregierung und wenig zielführender Aktionismus im politischen Schlussverkauf



Bundesregierung beschließt "Pflegerreform"

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat die von der Regierung beschlossenen Neuregelungen zugunsten von Pflegekräften und zur Entlastung von Pflegebedürftigen als "beachtliches Reformpaket" gewertet. "Ich freue mich, vor allem in der Altenpflege zu einer besseren Bezahlung zu kommen", sagte Spahn am Mittwoch mit Blick auf die künftig vorgeschriebene Zahlung von Tariflöhnen für alle Pflegeeinrichtungen, die ihre Leistungen mit der Pflegeversicherung abrechnen. Es gebe hier bei der Entlohnung vor allem in nicht tarifgebundenen Einrichtungen erheblichen Nachholbedarf. Zugleich werde mit dem neuen Gesetz durch zusätzliche Kompetenzen die Selbstverantwortung der Pflegekräfte in ihrer täglichen Arbeit gestärkt.

In seinem Statment betonte Jens Spahn auf Nachfrage, es müsse auch eine gesellschaftliche Diskussion über einen Unternehmerlohn in der Pflege geben.

Kritik an der Mitfinanzierung der Reform durch einen höheren Pflegebeitrag für Kinderlose wies Spahn zurück. Er wies darauf hin, dass Familien durch Lohnverzicht und Mehrausgaben in der Zeit der Kindererziehung stärker belastet seien, "gleichzeitig profitieren die, die keine Kinder haben, davon, dass andere Beitragzahler großgezogen haben".

Zusammen mit dem geplanten höheren Bundeszuschuss gebe es für die mit dem neuen Gesetz vorgesehenen Entlastungen und Leistungsverbesserungen "eine saubere Gegenfinanzierung", wies er auch Kritik von Sozialverbänden und Krankenkassen zurück.

Es gehe um "anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen» für die Pflegerinnen und Pfleger, sagte auch Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). "Das ist nicht die ganz große Pflegerreform für alles und jedes", räumte er ein. Es sei aber wichtig, jetzt einen ersten Schritt zu gehen, um die Pflegekräfte nicht zu enttäuschen, die gerade in der Zeit der Pandemie "einen tollen Job machen".

Bewertung:

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich der Bundesgesundheitsminister sein Welt so malt, wie sie ihm gefällt. Die Kritik an diesem Schnellschuss ist jedenfalls von allen Seiten vernehmbar. Warum Jens Spahn die Frage des Unternehmerlohnes bzw. von Wagnis und Gewinn nicht im Gesetzentwurf aufgegriffen hat, muss er selbst beantworten. Der Regierung geht es offenkundig allein darum, ein Thema vor dem Wahlkampf abzuräumen. Eine sachlich angemessene Lösung bleibt auf der Strecke.

Am 7. Juni ist nunmehr eine Anhörung zum Gesetzentwurf im federführenden Gesundheitsausschuss geplant. Nach heutigem Stand soll das Gesetz dann bereits Ende kommender Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet werden.

TV- und Radiotipps

bpa-Präsident Bernd Meurer wird heute und den kommenden Tagen dazu u.a. in folgenden Medien präsent sein:

- ARD Tagesschau und Tagesthemen
- ZDF heute journal, evtl. auch heute-Sendung
- Inforadio Berlin-Brandenburg
- NDR Info
- Deutschlandfunk Kultur (am 4.6., ab 18:05 Uhr)



Brüderle: „Spahn und Heil legen Axt an die private Pflege in Deutschland“

Hunderttausenden von Pflegebedürftigen droht der Verlust der professionellen Versorgung

Zum Kabinettsbeschluss über eine Tariftreueregelung in der Pflege erklärt der Präsident des bpa Arbeitgeberverbandes Rainer Brüderle:

„Die heutige Entscheidung des Bundeskabinetts zeigt, wie weit weg diese Regierung der Wirklichkeit entrückt ist. Mit ihrer Tariftreueregelung in der Pflege riskiert sie Existenzen von Unternehmen, stagnierende oder sogar sinkende Löhne und den Verfassungsbruch. Jens Spahn und Hubertus Heil legen mit diesem Gesetz die Axt an die private Pflege in Deutschland.

Eine starre Tarifbindung von privaten Unternehmen in der Pflege nimmt diesen jegliche Luft zum Atmen. Wenn Personaleinsatz, Preise, Qualität und nun auch noch die Löhne reguliert sind, dann brauchen Unternehmen klare Regelungen zu unternehmerischen Wagnissen. Ohne diese wird es sich kaum mehr lohnen, Leistungen in der Pflege anzubieten. Und diejenigen, die sich weigern, sich in ein starres Tarifkorsett zwingen zu lassen, müssen ohnehin ihre Existenz aufgeben. Hunderttausenden von Pflegebedürftigen droht der Verlust der professionellen Versorgung.

Die Löhne für Pflegefachkräfte sind in den vergangenen zehn Jahren um rd. 40 Prozent gestiegen. Beinahe doppelt so stark, wie in allen anderen Branchen. Der Durchschnittslohn für Fachkräfte in Pflegeheimen lag vergangenes Jahr bei 3.350 Euro. Jetzt droht die gesetzliche Regelung mit einem Refinanzierungsdeckel für nicht-tarifgebundene Unternehmen solche Lohnsteigerungen auszubremsen. Übertarifliche Löhne in Ballungsräumen und höhere Löhne über Arbeitsvertragsrichtlinien oder ähnliche Strukturen werden in Zukunft kaum mehr möglich sein. Die Lohneinbußen der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen dann auf die Rechnung dieser Regierung.

Die Tariftreueregelung verletzt zudem mehrere Grundrechte. Eine so einseitige Unterstützung

des Staates für Gewerkschaften, denen weitgehend die Mitglieder fehlen, verstößt gegen die Tarifautonomie und die Tariffreiheit. Weitere im Grundgesetz garantierte Freiheitsrechte bis hin zum Demokratieprinzip sind durch diese Gesetzgebung verletzt. Wenn der Gesetzgeber diesen fatalen Irrtum der Bundesregierung nicht korrigiert, dann müssen wir den Rechtsweg einschlagen – im Interesse unserer Mitglieder, von uns betreuten Pflegebedürftigen und unserer Mitarbeiter.“



Meurer: „Regierung entscheidet gegen private Pflege“

bpa: Schwarzer Tag für die private Altenpflege - Existenz tausender Unternehmen wird gefährdet

„Das ist wirklich ein schwarzer Tag für die private Altenpflege in Deutschland. Die Bundesregierung hat heute gegen die private Pflege entschieden und gefährdet damit sehenden Auges die Existenz tausender Pflegeeinrichtungen samt Arbeitsplätzen. Das wird sich auch spürbar auf die Versorgung pflegebedürftiger Menschen auswirken, da die privaten Einrichtungen mehr als 50 Prozent der Versorgung sichern.“ Das sagt Bernd Meurer, Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa), zur heutigen Verabschiedung der Pflegereform im Bundeskabinett.

bpa-Präsident Meurer: „Versorgungsverträge an eine tarifliche Entlohnung zu koppeln, ohne betriebliches Risiko und unternehmerisches Wagnis angemessen zu berücksichtigen, schnürt den Unternehmen die Luft ab. Dabei sind wir überhaupt nicht gegen noch bessere Bezahlung in der Altenpflege. Wenn aber die vollständige und unkomplizierte Refinanzierung der Löhne und die angemessene Berücksichtigung des betrieblichen Risikos und des unternehmerischen Wagnisses nicht gesichert ist, geht es den Unternehmen an den Kragen.“

Jede Pflegereform muss Antworten geben für pflegebedürftige Menschen, für die Beschäftigten in der Pflege und für die Unternehmen, die professionelle Pflege und Betreuung sicherstellen. Pflegebedürftige Menschen werden trotz aller Beteuerungen die absehbar steigenden Kosten im eigenen Portemonnaie spüren. Den Beschäftigten wird ein höheres Gehalt versprochen. Der Unterschied zu den heute schon stark gestiegenen Löhnen könnte bei vielen Beschäftigten zu Ermüchtung führen. Keinerlei Antwort bietet der Vorschlag zur Pflegereform für die Unternehmen. Nicht einmal die üblichen Risiken eines jeden Unternehmens müssen verpflichtend berücksichtigt werden, das unternehmerische Wagnis droht komplett unberücksichtigt zu bleiben. Damit gefährdet die Pflegereform die Stabilität der Unternehmen, aber auch Arbeitsplätze und sichere Versorgung.“

BDA: Pflegereform ist angekündigter Wortbruch der Bundesregierung und wenig zielführender Aktionismus im politischen Schlussverkauf

Zur Pflegereform erklärte BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter:

„Die Pflegereform ist leider ein angekündigter Wortbruch der Bundesregierung und ein wenig zielführender Aktionismus im politischen Schlussverkauf der endenden Legislatur. Nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ werden neue Kosten für die Pflegeversicherung produziert, die mit der jetzt beschlossenen Gegenfinanzierung schon im kommenden Jahr nicht mehr bezahlt werden können und daher unweigerlich zu Beitragssatzsteigerungen führen werden. Damit



werden die strukturellen Herausforderungen der Pflegeversicherung nicht gelöst und die nachfolgenden Generationen ebenso wie die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zum Spielball parteipolitischer Profilierung.

Das ist das Gegenteil von einer nachhaltigen Politik. Alle, die die Sozialabgabengarantie anstreben, können diesem Entwurf nicht zustimmen. Die Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent bleibt unabdingbar.

Hinzu kommt: es wird versucht zum wiederholten Male in die Tarifautonomie einzugreifen. Trotz überdurchschnittlich gestiegener Entlohnung in der Pflege spielt die Bundesregierung Tarifpartner von der Seitenlinie. Mit dieser defacto Verstaatlichung des Pflegesektors sollen private Betriebe praktisch aus dem Pflegemarkt gedrängt werden. Dies bedeutet nicht nur eine Verletzung der Koalitionsfreiheit, sondern auch der Freiheit der Berufsausübung. Staatswirtschaft in der Pflege ist weder im Interesse der zu pflegenden Menschen noch des Pflegepersonals.“

Foto: BDA

bpa Arbeitgeberverband e.V.
Friedrichstr. 147
10117 Berlin
presse@bpa-arbeitgeberverband.de



© 2020 bpa Arbeitgeberverband e.V.